

Union will Hartz abspecken

Nach Kritik des Rechnungshofs: Bayerns Sozialministerin fordert Kürzungen und schärfere Sanktionen / Auch CDU verlangt Konsequenzen

Rouven Schellenberger

Schluß mit lustig, den Reichen gehts jetzt an den Kragen!

Millionen-Dividenden für reichste Familien

Quandt vor Haniel

KÖLN. Die 100 bestverdienenden Familien und Unternehmer in Deutschland profitieren von den stark gestiegenen Dividenden deutscher Aktiengesellschaften und können sich dieses Jahr auf eine rekordverdächtige Ausschüttung in Höhe von 1,72 Milliarden Euro freuen. Das berichtet das Wirtschaftsmagazin Capital vorab. An der Spitze der Rangliste steht die Familie Quandt, die aus Beteiligungen am Autobauer BMW sowie dem Pharma- und Chemiekonzern Altana eine Gewinnbeteiligung von rund 263 Millionen Euro erwarten könne.

Mit 141 Millionen Euro kann die Familie Haniel (Metro, Celesio, Anzag, Takkt) rechnen, mit 112 Millionen die Familie Merckle (HeidelbergCement, Kässbohrer), mit 106 Millionen die Familien Merck und Baumhauer des Pharma- und Chemieunternehmens Merck, mit 72 Millionen Euro die Teilfamilie Herz (Beiersdorf). Der Familie Wacker (Wacker Chemie) fließen 69 Millionen Euro sowie der Großfamilie Siemens 66 Millionen Euro zu. Hasso Plattner, einer der SAP-Gründer, dürfte 43 Millionen Euro ausbezahlt bekommen, Friede Springer 30 Millionen Euro. (ddp)



Union will Hartz abspecken

Nach Kritik des Rechnungshofs: Bayerns Sozialministerin fordert Kürzungen und schärfere Sanktionen / Auch CDU verlangt Konsequenzen

Berliner Zeitung, 23.5.06



Schluß mit lustig, den Reichen gehts jetzt an den Kragen!



Wer investiert, soll weniger Steuern zahlen

Der rheinland-pfälzische Finanzminister Ingolf Deubel über die Entlastung von Unternehmen

Herr Deubel, Sie sind neuer Finanzminister von Rheinland-Pfalz. Früher waren Sie aktiver Judoka und Judotrainer. Ist das hilfreich für Ihren neuen Job?

Ingolf Deubel: Aber selbstverständlich. Wenn man sich als Finanzminister durchsetzen will, muss man schon ziemlich kampferprobt sein. Denn niemand will doch gerne sparen.

Sie sind maßgeblich an den Vorbereitungen für die Unternehmenssteuerreform beteiligt. Gegenwärtig wird diskutiert, ob die Unternehmen dabei überhaupt entlastet werden müssen. Müssen sie?

Ingolf Deubel: Die Diskussion läuft etwas schief. Wie ist die Lage? Betrachten wir zuerst die Kapitalgesellschaften. Sie zahlen einen Steuersatz von über 38 Prozent. **Mit diesen 38 Prozent ist Deutschland international nicht wettbewerbsfähig.** Wir müssen die nominalen Sätze daher senken, sonst können wir mit dem Ausland nicht mithalten. Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer zusammen müssen deutlich unter 30 Prozent liegen. **Idealerweise sollten wir bei etwa 25 Prozent landen.**

Also doch eine Entlastung?

Ingolf Deubel: Klar ist: Wir können es uns nicht erlauben, dass eine Reform dauerhaft neue Löcher in die öffentlichen Kassen reißt. Am Anfang einer Reform sind Ausfälle in begrenzter Höhe nicht zu vermeiden. Aber nach wenigen Jahren, wenn das neue System eingeschwungen ist, sollten wir insgesamt bei plus minus Null landen. Eine Nettoentlastung in Milliardenhöhe, wie sie auch in der Union gefordert wird, können wir uns keinesfalls leisten. Dann brauchen wir für die Senkung der Sätze eine Gegenfinanzierung.

Ingolf Deubel: Richtig. An dieser Stelle müssen wir unterscheiden zwischen den Unternehmen einerseits und den Anteilseignern andererseits. Die Unternehmen selbst sollen durch die Reform entlastet werden. Das wollen wir erreichen. Es gibt aber keinen Grund, auch die ausgeschütteten Gewinne, die an die Anteilseigner fließen, geringer zu belasten. An dieser Stelle müsste stärker nachbesteuert werden.

Müssen nur die Kapitalgesellschaften niedriger besteuert werden oder auch der Mittelstand? Die Personengesellschaften zahlen heute bei der Einkommensteuer schließlich einen Spitzensteuersatz von 42 Prozent.

Ingolf Deubel: Wenn es für Kapitalgesellschaften einen Steuersatz von unter 30 Prozent gibt, muss das natürlich auch für Personengesellschaften gelten. Allerdings liegen die meisten dieser Unternehmen schon heute weit unter diesem Satz. Eine Reform müsste also nur die etwa 40 000 Gesellschaften erfassen, deren Belastung deutlich über 25 Prozent liegt.

Was könnte man diesen Unternehmen anbieten?

Ingolf Deubel: Wir brauchen eine Regelung, damit die Gewinne, die im Unternehmen bleiben und wieder investiert werden, mit dem niedrigen Satz besteuert werden. Alles, was aus dem Unternehmen heraus geht, kann aber höher besteuert werden.

Gegenwärtig sieht es so aus, also gäbe es allenfalls eine Reform „light“, also eine Firmensteuerreform ohne gleichzeitige Reform der Gewerbesteuer. Ist das ausreichend?

Ingolf Deubel: Nein. Die Unternehmenssteuerreform steht und fällt mit einer **Reform der Gewerbesteuer.** Es reicht nicht aus, nur den Jobgipfel vom letzten Jahr umzusetzen, also bloß die Körperschaftsteuer zu reduzieren. Damit schaffen sie es nicht, die Sätze insgesamt auf ein international konkurrenzfähiges Maß zu drücken. Die Gewerbesteuer ist vielmehr Dreh- und Angelpunkt. Ohne Änderungen an dieser Stelle bleibt die Reform nur Stückwerk.

Was schwebt Ihnen hier vor?

Ingolf Deubel: Basis ist der Vorschlag der **Stiftung Marktwirtschaft.** Künftig sollte es eine kommunale Unternehmenssteuer geben, außerdem **sollten die Kommunen am Aufkommen der Lohnsteuer beteiligt sein.** Die kommunale Unternehmenssteuer hat gegenüber der heutigen Gewerbesteuer deutlich niedrigere Sätze, enthält aber im Gegenzug mehr ertragsunabhängige Elemente. Unser viel gelobter Nachbar Österreich hat gezeigt, dass man mit diesen Elementen ein attraktives Steuersystem schaffen kann.

Schon Ex-Bundesfinanzminister Hans Eichel ist mit einer Gewerbesteuerreform am Widerstand der Kommunen gescheitert. Die wehren sich mit Händen und Füßen.

Ingolf Deubel: Was wir den Kommunen anbieten können, ist deutlich attraktiver als die heutige Gewerbesteuer. Sie bekommen eine Einnahmequelle, die auf einer breiteren Basis steht und damit viel weniger anfällig ist für konjunkturelle Schwankungen. Das sehen auch immer mehr Bürgermeister so. Die Zeit arbeitet für die Idee, da bin ich zuversichtlich.

Das Gespräch führte Timot Szent- Ivanyi. Berliner Zeitung, 23.05.2006

Köhler rügt die große Koalition

Der Bundespräsident fordert auf dem DGB-Kongress **Vorrang für Arbeit / Lob von den Arbeitgebern**

Holger Schmale

BERLIN. Mit kritischen Worten an die große Koalition hat sich Bundespräsident Horst Köhler nach längerem Schweigen wieder in die innenpolitische Debatte eingeschaltet. Auf dem DGB-Kongress in Berlin warf er der Bundesregierung gestern indirekt eine falsche Verwendung der Mehrwertsteuererhöhung sowie mangelnde Fortschritte beim Bürokratieabbau und zu niedrige Investitionen in Bildung und Forschung vor.

Gewöhnlich gelten in der Politik 14 Monate als eine lange Zeit. Als Köhler sich auf seine gestrige Rede beim DGB vorbereitet hat, musste er allerdings feststellen, dass sich seit seiner Ansprache bei den Arbeitgebern im März 2005 in einer zentralen Frage der deutschen Politik fast nichts bewegt hat: Der Massenarbeitslosigkeit. Also wählte der Bundespräsident vor den Gewerkschaftern fast wörtlich den gleichen Einstieg wie damals vor den Arbeitgebern. Er sei nicht in der Stimmung, eine Festrede zu halten, sagte er den DGB-Delegierten auf ihrer Tagung in Berlin. Er wolle zur Sache sprechen, denn: **„Die massenhafte Arbeitslosigkeit trifft uns ins Mark.“**

Köhler, der von den Delegierten recht kühl aufgenommen wurde, wiederholte seine umstrittene Forderung nach einer politischen Vorfahrtsregel für Arbeit: **„Was Arbeitsplätze nachhaltig sichert und schafft, das hat Vorrang vor allem anderen, und sei es noch so wünschenswert.“**

Als wesentlichen Punkt auf diesem Weg nannte er die **Senkung der Lohnnebenkosten** und rügte den Plan der Bundesregierung, die Mehrwertsteuer von drei Prozent überwiegend für die Haushaltssanierung zu nutzen: **„Ich wünschte mir, dass die zusätzlichen Steuereinnahmen hauptsächlich zur Senkung der Lohnnebenkosten genutzt werden“**, sagte er mit einem strengen Blick auf Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, der in der ersten Zuhörerreihe die Bundesregierung vertrat.

Der ließ den Wünschen des Bundespräsidenten umgehend eine Absage erteilen. Sein Sprecher versicherte, die Überlegungen Köhlers würden mit großem Respekt zur Kenntnis genommen, jedoch: **„Zwei Mehrwertsteuerpunkte benötigen wir zur Konsolidierung der Haushalte.“**

Köhler lobte die von den Gewerkschaften seit Jahren praktizierte **Lohnzurückhaltung**. Es sei jedoch schwer, von Arbeitnehmern Mäßigung zu fordern, wenn auf der anderen Seite maßlose Gehälter für manche Manager gezahlt würden, sagte der Bundespräsident. „Ganz verquer wird es, wenn immense Vorstandsgehälter mit einem gestiegenen Shareholder Value begründet werden, der auf Lohnzurückhaltung und Entlassungen beruht.“ Dies war die einzige Passage, für die er kräftigen Beifall erhielt.

Im weiteren Verlauf seiner halbstündigen Rede bemühte sich der Bundespräsident um freundliche Worte für die Gewerkschaften. Unter anderem bezeichnete er Tarifautonomie, Flächentarifvertrag und Einheitsgewerkschaft als konstitutive Bestandteile der sozialen Marktwirtschaft, verlangte allerdings zugleich eine weitere tarifpolitische Differenzierung und mahnte Modernisierung bei der Mitbestimmung an.

Ganze 15 Sekunden höflichen Beifalls hatten die Delegierten am Ende für die Rede des Staatsoberhauptes übrig. Dies war dann doch ein deutlicher Unterschied zu seinem Auftritt bei den Arbeitgebern vor 14 Monaten, die ihn ob seiner wirtschaftsliberalen Positionen frenetisch gefeiert hatten. Und auch diesmal applaudierten die Arbeitgeber. **Reinhard Göhner, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und CDU-Abgeordneter, begrüßte vor allem die Forderung des Bundespräsidenten, die Lohnnebenkosten stärker zu senken.**

„Für das nächste Jahr ist auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung eine Stagnation auf dem Arbeitsmarkt zu befürchten, und deswegen finde ich diesen Anstoß berechtigt“, sagt **Göhner. Jede Senkung der Lohnnebenkosten helfe bei der Schaffung neuer Jobs.** Auch Finanzminister Steinbrück habe inzwischen gefordert, die Sozialsysteme mittelfristig stärker über Steuern als über Beiträge zu finanzieren. „Das war der ursprüngliche Ansatz für die Mehrwertsteuer-Erhöhung“, sagte Göhner. „Darauf sollte die große Koalition zurückkommen.“

Und noch etwas schlug der Arbeitgeber-Vertreter vor: Die große Koalition sollte sorgfältig prüfen, ob die staatlichen Zuschüsse zur Krankenversicherung wirklich gestrichen werden müssten. Bisher hält Steinbrück daran fest, um seinen Haushalt zu sanieren. Doch der Nebeneffekt ist klar: Neuer Druck auf die Lohnnebenkosten. (mit ves.)

Berliner Zeitung, 23.05.2006

Union will Hartz abspecken

Nach Kritik des Rechnungshofs: Bayerns Sozialministerin fordert Kürzungen und schärfere Sanktionen / Auch CDU verlangt Konsequenzen

Rouven Schellenberger

BERLIN. Die Kostexplosion bei Hartz IV und ein kritischer Bericht des Bundesrechnungshofes haben die Debatte über die Zukunft der größten deutschen Arbeitsmarktreform neu entfacht. Während Bundesarbeitsminister Franz Müntefering (SPD) weitere Änderungen beim Arbeitslosengeld II ablehnte, forderte CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla Konsequenzen. Auch Bayerns Sozialministerin Christa Stewens (CSU) drängte im Interview mit der Berliner Zeitung auf eine Überarbeitung des Hartz-IV-Gesetzes. **Stewens forderte schärfere Sanktionen für arbeitsunwillige Langzeitarbeitslose, eine Streichung von Zuschlägen, Pauschal-Zahlungen bei den Unterkunftskosten sowie regional differenzierte Hartz-IV-Regelsätze. Auch eine grundsätzliche Absenkung des ALG II schloss die Ministerin nicht aus.**

Der Bundesrechnungshof hatte in einem Bericht an den Bundestag „zum Teil erhebliche Mängel“ bei der Arbeitsvermittlung festgestellt. So dauere es im Durchschnitt drei Monate, bis mit Arbeitslosen ein qualifiziertes Erstgespräch über Schritte zu ihrer Integration in den Arbeitsmarkt geführt werde. Der Rechnungshof hatte 70 Arbeitsgemeinschaften und 20 kommunale Träger im Jahr 2005 und im ersten Quartal dieses Jahres überprüft. Ein Sprecher von Bundesarbeitsminister Müntefering verwies darauf, dass die Koalition mit dem Hartz-IV-Fortentwicklungsgesetz wesentliche Nachbesserungen bereits auf den Weg gebracht habe. So sehe das Gesetz vor, neuen Empfängern des Arbeitslosengeldes II Sofortangebote zur Qualifizierung und Beschäftigung vorzulegen. Der Bericht sei „eine Bestätigung dessen, was wir im Augenblick tun“, sagte der Sprecher.

Warnung der BA

CDU-Generalsekretär Pofalla wertete den Bericht dagegen als Aufforderung für weitere Änderungen. „Er macht deutlich, dass wir handeln müssen“, sagte Pofalla. Er ergänzte mit Blick auf neue Finanzdaten: „Wir müssen uns im Sommer Gedanken darüber machen, wie der Kostenexplosion im Zusammenhang mit dem Arbeitslosengeld II noch wirksamer begegnet werden kann.“ Unionsfraktionschef Volker Kauder kündigte an, dass eine unionsinterne Arbeitsgruppe das ganze Hartz-IV-Gesetz überprüfen solle. Laut Monatsbericht des Bundesfinanzministeriums gab der Bund bis Ende April 9,2 Milliarden Euro für das ALG II aus, hochgerechnet auf das 2006 droht damit eine Finanzlücke von drei Milliarden Euro.

Die Bundesagentur für Arbeit warnte auch wegen unklarer Verantwortlichkeiten vor einem Scheitern der Reform und verlangte mehr Personal für die Umsetzung von Hartz IV. Der Städte- und Gemeindebund erklärte, die Kommunen würden eine weitere Kostenexplosion nicht verkraften. Bayerns Sozialministerin Stewens will zunächst bei den Sanktionen für arbeitsunwillige Langzeitarbeitslose ansetzen. „Bei hartnäckiger Arbeitsverweigerung sollten auch Leistungskürzungen auf Null möglich sein“, sagte Stewens.

Berliner Zeitung, 23.05.2006